

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Sächsisches Forschungsprojekt zur Schicksalsklärung von sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges fortsetzen

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

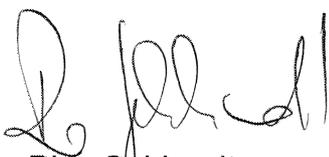
das von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden bis Ende 2014 betreute Forschungsprojekt zur Schicksalsklärung von sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges im Interesse der Aussöhnung zwischen dem Deutschen Volk, den Völkern Russland und denen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion wieder aufzunehmen und langfristig fortzuführen und hierzu insbesondere dafür zu sorgen, dass

1. unverzüglich die Möglichkeit der Auskunftserteilung zu vorliegenden und kommenden Anfragen von Familienangehörigen und Freunden sowjetischer Bürgerinnen und Bürger, die während des zweiten Weltkrieges in Arbeitslagern und bei Arbeitskommandos in Sachsen und anderswo zu Tode gekommen sind, und von Wissenschaftlern im In- und Ausland sichergestellt und ermöglicht wird,
2. schnellstmöglich Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine Fortsetzung der bisherigen finanziellen Beteiligung des Bundes an der Wiederaufnahme und langfristigen Fortführung der o.g. Auskunftserteilung als auch der weiteren Forschung zur Schicksalsklärung unter Berücksichtigung und Würdigung der internationalen Bedeutung dieser für die Versöhnung der Völker in Europa aufzunehmen.

Begründung:

Seit der Einrichtung der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Jahre 2000 erteilte diese aufgrund ihrer wissenschaftlichen Forschungsarbeit und ihrer ausgewiesenen fachlichen Kompetenz an Familienangehörige und Freunde sowie damit befassten Wissenschaftlern im In- und Ausland fundierte Auskünfte zum Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener,

b.w.



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 20.3. 2015

Eingegangen am: 20. März 2015 Ausgegeben am: 23. März 2015

Bürgerinnen und Bürger, die in den Kriegsgefangenen-/ Arbeitslagern und bei Arbeitskommandos in Sachsen und anderswo zu Tode gekommen sind.

Nach der diesbezüglichen öffentlichen Medienberichterstattung in „DER SPIEGEL“ (Ausgabe 10/2015) erhalten Angehörige verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener von der Dokumentationsstelle in Sachsen derzeit keinerlei Auskünfte mehr über deren Schicksal, da die zuständige Kulturstaatsministerin der Bundesregierung, Monika Grütters, die Mittel für das Projekt ausgehend von einer Entscheidung der seinerzeit schwarz-gelben Koalition aus dem Jahre 2012, die Finanzierung des Projektes ab 2015 einzustellen, gestrichen hat.

Eine Entscheidung, die angesichts der Dimension der deutschen Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen weder nachvollziehbar, noch weiterhin tragbar ist:

„Die Deutschen ließen rund drei Millionen Rotarmisten in Gefangenschaft verhungern, an Krankheiten sterben oder brachten sie auf andere Weise um. Es ist die größte Opfergruppe der Nazis nach den Juden. Die Dokumentationsstelle hat in einer Datenbank Unterlagen zu etwa 900.000 sowjetischen Kriegsgefangenen erfasst und kann häufig deren Sterbedatum und -ort sowie die Grabstelle benennen. Akten zu rund einer Million weiterer Opfer liegen in deutschen, aber auch russischen oder ukrainischen Archiven.“ (siehe: <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/mittel-fuer-auskunftsstelle-ueber-sowjetische-kriegsgefangene-a-1020970.html>)

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE kommt insbesondere im Jahr des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom deutschen Faschismus der Wiederaufnahme und Fortführung dieses Projektes eine besondere auch internationale Bedeutung bei der Aussöhnung zwischen dem Deutschen Volk, den Völkern Russland und denen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu.

Nicht zuletzt auch angesichts der wiederholten Apelle des deutschen und russischen Außenministers an die Bundesregierung, dieses Forschungsprojekt fortzuführen, stehen die Mitglieder des Landtages in der politischen Verantwortung, dem Antragsbegehren folgend, mit Nachdruck auf eine Wiederaufnahme und langfristige Fortführung des von der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geführten Projektes und die Beteiligung des Bundes zumindest in Höhe der bis Ende 2014 zur Verfügung gestellten Finanzierung zu drängen.